

V5 Attac setzt sich für eine friedensorientierte Politik ein

Antragssteller*in: Chris Rose

Vorschlagstext

Attac DE übernimmt folgende Standpunkte bei seinen Erklärungen zu aktuellen politischen Ereignissen und in den Rundbriefen.

- a) Keine Wehrpflicht in Deutschland
- b) Keine Ersatzdienste in Deutschland
- c) Keine Militarisierung der Gesellschaft - für ein ziviles Gesundheitswesen (siehe IPPNW Krisenresilienz statt Kriegstüchtigkeit des Gesundheitswesens) - für Schulen ohne Bundeswehr (<https://schulstreikgegenwehrpflicht.com>) - gegen die Konversion von ziviler Produktion zu Rüstungsproduktion - für der Erhalt und Förderung von Zivilklauseln an den Universitäten und Durchsetzung dieser - für eine ausgewogene Berichterstattung in den Medien ohne Feindbilder
- d) Stopp der massiven Aufrüstung der Bundeswehr
- e) Stopp der Rüstungsexporte außerhalb der EU
- f) Ächtung und Verbot von potentiell autonomen Waffensystemen, national wie international
- g) Beitritt zum internationalen Verbotsvertrag von Atomwaffen (Atomwaffenverbotsvertrag/AVV)

Begründung

Die gesellschaftliche Militarisierung, Aufrüstung und die daraus resultierende Verarmung der Gesellschaft fördert patriarchale und autoritäre Strukturen im In- und Ausland. Die Ressourcenverschwendung für Aufrüstung, Militär und Kriege geht einher mit einem Angriff auf zivilgesellschaftliche Strukturen und auf ein gutes Leben für Alle, insbesondere FLINTAs. Dies stellt das Überleben der Menschheit in Frage. Die oben genannten Standpunkte leiten sich direkt aus dem Text „Globalisierungskritik neu denken Positionspapier Attac Deutschland“ ab. Zitat aus dem Text „Globalisierungskritik neu denken Positionspapier Attac Deutschland“ (S 16-18) ab (beschlossen auf dem Herbststratschlag in Hannover am 28.10.2023): 4.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein? Zivile Konfliktlösung Internationale Organisationen müssen ausgebaut werden und präventiv versuchen, Konflikte zu verhindern. Neben einer fundamentalen Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen müssen auch regionale Sicherheitsarchitekturen geschaffen werden, um frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dem steht der deutsche Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert. Militärische Block-Bündnisse wie die NATO sollten von Systemen hinreichen der gemeinsamer Sicherheit für alle ersetzt werden. Die Militarisierung der Außenpolitik muss beendet und stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden. Mit Globalisierungskritik Kriegen vorbeugen Kriege stützen Macht und Profite. Die kapitalistische Wachstumslogik wird militärisch abgesichert und durchgesetzt. Infolge der neoliberalen Neuordnung der Welt nehmen Konflikte zu, denn die ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen trägt zu Krieg und Terrorismus bei. Durch unsere grundsätzliche Globalisierungskritik stellen wir daher eine wesentliche Grundlage von Kriegen in Frage. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist eine wichtige Grundbedingung für eine friedlichere Welt. Der Einsatz für ein Ende der Ausbeutung arm gemachter Länder und für soziale Rechte für alle, zum Beispiel in der Handelspolitik, beugt auch militärischen Konflikten vor. Bewegungen weltweit stärken Wir sind solidarisch mit den Bewegungen überall auf der Welt, die gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung auf die Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Unser Protest gegen Krieg ist global – nationalistische Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab – und wir bemühen uns um den Abbau von Vorurteilen und

Ressentiments. Die Beteiligung an Kriegen und militärischer Gewalt skandalisieren wir öffentlich und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das Recht auf Selbstverteidigung erkennen wir dabei an. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht muss uneingeschränkt gelten. Wer deshalb verfolgt wird, hat ein Recht auf Asyl. Globale Abrüstung In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein. Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur Rüstungskontrolle müssen ausgebaut oder wiederbelebt werden, insbesondere unterstützen wir den Atomwaffenverbotsvertrag. Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den Angriffen der Türkei auf die kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen beteiligt. Stattdessen braucht es eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird die Aufrüstung Deutschlands in einem vorher nicht durchsetzbaren Maß massiv vorangetrieben. Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.